

Neuer Streit um alte Synagoge

Anwohner gegen Umbauten in der Brunnenstraße

von Johannes Boie

Die Betroffenenvertretung „Rosenthaler Vorstadt“ hat den seit Jahren schwelenden Streit um die Synagoge Brunnenstraße mit einem öffentlichen Brief neu angeheizt. In dem Schreiben an Bausenatorin Ingeborg Junge-Reyer kritisiert Lutz Mauersberger, Sprecher der Gruppe und Architekt, die geplanten und vollzogenen Abrisse und Umbauten in der Synagoge scharf. In das Gebäude an der Brunnenstraße soll nach den Umbauarbeiten eine Talmud-Tora-Schule einziehen. Die amerikanische Lauder-Foundation wird unter der Führung ihres Berliner Direktors Joshua Spinner 50-60 Schüler unterrichten lassen. Über die Ansiedlung der Talmud-Tora-Schule ist man bei der Betroffenenvertretung grundsätzlich erfreut. Weil es sich aber um die letzten Zeugnisse einer orthodoxen Privatsynagoge handele, erwarte man allerdings „Feingefühl“ beim Umbau des Gebäudes.

„Die letzte erhaltene Privatsynagoge in Berlin wird gerade (...) in wesentlichen Teilen zerstört, und das ausgerechnet von jüdischen Grundstückseigentümern und Nutzern“, beschwert sich Mauersberger in dem Brief über den Besitzer der Synagoge, den Mediziner Roman Skoblo. Als besonders kritische Punkte nennt Mauersberger den Einzug einer Stahlbetondecke, der den großen Synagogensaal teilt. Noch negativer bewertet er den Abriß von historischen Säulen.

„Das Gebäude war im Verfall begriffen. Als sich der Käufer dann als finanziell potent herausstellte und gleichzeitig jüdisches Leben in die Synagoge bringen wollte, war das für uns wie ein Sechser im Lotto“, sagt Lutz Mauersberger.

Der Eigentümer von Grundstück und Synagoge, Roman Skoblo, findet den anhaltenden Streit absurd. „Hier wird verwechselt, wer durch was betroffen ist“, schimpft er in Anspielung auf den Namen „Betroffenenvertretung“. „Die Leute möchten lieber ein Museum über Juden als eine Tora-Schule in der Nachbarschaft.“ Seine Kritiker sieht er in einer „Verantwortungskette, die mit ihren Großvätern beginnt“: „Warum müssen wir uns überhaupt Gedanken um die Ansiedlung von jüdischem Leben machen? Die Betroffenenvertretung ist eine Katastrophe!“ Die baulichen Änderungen seien notwendig, um einen ungestörten Ablauf des Unterrichts sicherzustellen: „Wir müssen unsere Riten leben können. Will man nur altes Judentum konservieren und neues ablehnen?“ Besonders verteidigt er den stark kritisierten Abriß von wertvollen Säulen: „Wir brauchen einen freien Raum in der Schule.“

Es sei den Denkmalschützern sehr schwer gefallen, dem Abriß zuzustimmen, sagt Manuela Damianakis, Pressesprecherin des Denkmalamtes. „Wir wollen mehr jüdisches Leben haben und haben dem Abriß ausnahmsweise zugestimmt, weil man uns versichert hat, daß der Abriß eine Voraussetzung für die Schule ist.“ Von Eigentümerseite seien bereits weitere Abbruchmaßnahmen beantragt worden, denen nicht stattgegeben werde. „Der ganze Umbau ist ziemlich bedauerlich“, sagt die Pressesprecherin.